

Dierk Hirschel

Der Staat als Beute

Finanzmarktkapitalismus und öffentliche Güter

Krise war einmal. Nach dem großen Crash 2007 schwimmen Finanzinstitute, Unternehmen und Vermögende wieder im Geld. Die Börsenschwergewichte haben milliarden schwere Liquiditätsüberschüsse. Die Privathaushalte sind so reich wie noch nie. Das reichste eine Prozent der Republik besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Nettovermögens. Damit hat die Vermögenskonzentration ein historisches Ausmaß erreicht. Heute gibt es mehr Ersparnisse als profitable Investitionsmöglichkeiten.

Gleichzeitig sorgen die Zentralbanker für einen Anlagenotstand. EZB-Präsident Mario Draghi lässt Geld regnen, um die Eurozone am Leben zu erhalten. Während die Vermögenspreise steigen, erschweren niedrige Zinsen die Suche nach sicheren und rentablen Anlagen. Tages- und Termingelder werfen keine Zinsen mehr ab. Die Renditen von Staats- und Unternehmensanleihen mit hoher Bonität sind im Keller. Folglich strömt das Kapital in die Aktien- und Immobilienmärkte. Dow Jones, Dax & Co. haben neue Rekordstände erreicht.

Das freut die Aktionäre, schreckt aber die Versicherer und Pensionsfonds. Die Branche kämpft mit hohen Garantiezinsen, niedrig verzinsten Neuanlagen und hohen Rückstellungen. Der Weg ins höhere Risiko ist durch staatliche Regulierung versperrt. Deswegen interessieren sich die institutionellen Investoren verstärkt für die öffentliche Infrastruktur. Private Investitionen in öffentliche Straßen, Energienetze und Telekommunikation versprechen gute Renditen und geringes Risiko.

Unsere Republik fährt schon lange auf Verschleiß. Die Straßen sind mit Schlaglöchern übersät. Brücken drohen einzu-

stürzen. In den Schulen bröckelt der Putz. Der Wind- und Solarstrom kommt nicht von Nord nach Süd. Den Krankenhäusern fehlen neue medizintechnische Geräte und auf dem Land lahmt das Internet.

Unternehmen und Staat investieren zu wenig. Die Investitionsquote – der Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt – liegt bei niedrigen 17 %. Vor über 20 Jahren wurde noch fast jede vierte D-Mark investiert. Besonders dramatisch schrumpfen die öffentlichen Investitionen. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Die Investitionsschwäche bedroht unseren Wohlstand. Allein für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur müssten zwischen Cottbus und Duisburg jährlich 7 Milliarden Euro investiert werden. Der Investitionsrückstand der Städte und Gemeinden umfasst insgesamt 118 Milliarden Euro.

Der milliarden schwere Investitionsstau wird in Berlin inzwischen als politisches Problem wahrgenommen. Merkel, Gabriel und Seehofer wollen wieder in die Zukunft investieren. Wolfgang Schäuble zieht jetzt sogar für kurze Zeit die Spenderhosen an. Der schwarze Kassenwart hilft armen Städten und Gemeinden ihre maroden Straßen, Brücken und Schulen zu sanieren. In den nächsten drei Jahren lässt der Finanzminister dafür 15 Milliarden Euro springen.

Diese Summe ist kein Pappenstiel. Gemessen am tatsächlichen Investitionsbedarf kleckert der oberste Schatzmeister jedoch nur. Die Große Koalition steht sich selbst im Weg. Die schwarz-rote Regierung kann aus eigener Kraft nicht im notwendigen Umfang investieren, da sie weder neue Schulden machen, noch die Steuern

*Knausern auf
Kosten der nächs-
ten Generation*

erhöhen will. Das ist ein politisches Armutszeugnis.

Wolfgang Schäuble führt den deutschen Staatshaushalt wie den Privathaushalt einer schwäbischen Hausfrau. Sein großes Prestigeprojekt ist die »Schwarze Null«. Deswegen soll der Staat nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. Für zusätzliche Investitionen bleibt nichts mehr übrig. Der Finanzminister knausert auf Kosten der nächsten Generation. Er hinterlässt den Kindern und Enkelkindern marode Straßen, Schulen und Krankenhäuser. Der oberste Kassenwart ist ein Überzeugungstäter. Die ökonomisch unsinnigen Berliner und Brüsseler Schuldenregeln würden es Schäuble sogar erlauben, sein Konto zu überziehen. Und das zu Tiefzinsen. Trotzdem will der Finanzminister nicht auf Pump investieren.

Eine Alternative zur Kreditkarte wären höhere Steuern. Entscheidend ist dabei, welche Steuern erhöht würden. Reichensteuern belasten den privaten Verbrauch nicht so stark, da Spitzenverdiener mehr sparen. In der Großen Koalition gibt es aber keine Mehrheit für eine andere Steuerpolitik. Merkel, Schäuble und Seehofer haben Steuererhöhungen kategorisch ausgeschlossen.

Die Große Koalition hat sich somit finanzpolitisch selbst gefesselt. Jetzt kann sie nur noch kräftig investieren, wenn ihr privates Kapital unter die Arme greift. Privates Kapital gibt es aber nicht zum Nulltarif. Allianz, Münchner Rück & Co. wollen 3 bis 4 % Rendite, wenn sie ihr Geld in öffentlicher Infrastruktur anlegen.

Doch damit nicht genug. Die Versicherer und Banken wollen mitentscheiden, wo und in welchem Umfang investiert wird. Sie möchten an der Finanzierung und Bereitstellung öffentlicher Investitionen beteiligt werden. Deswegen sind bei den Geldhäusern besonders öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) beliebt. Diese Teilprivatisierung öffentlicher Infrastruktur ist allerdings richtig teuer. Höhere Fi-

nanzierungskosten, eine ineffiziente Bauweise und hohe Transaktionskosten treiben die Kosten in die Höhe. Die Zeche zahlen die Steuerzahler. Willkommen in Absurdistan.

Der drohende Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur stellt die grundsätzliche Frage nach der Funktion öffentlicher Güter im modernen Kapitalismus. Der westeuropäische Kapitalismus brauchte für die Bereitstellung seiner allgemeinen Produktions- und Reproduktionsbedingungen – Bildungs- und Gesundheitswesen, Verkehrsinfrastruktur, etc. – immer öffentliche Güter. Sie sicherten den kapitalistischen Reproduktionsprozess und steigerten die Produktivität des Gesamtkapitals. Die hierfür eingesetzte Arbeit war für private Unternehmen aber nicht profitabel. Deswegen musste die öffentliche Hand diese Aufgaben übernehmen. Die notwendigen Finanzmittel wurden durch Steuern aufgebracht.

Öffentliche Güter sind keine gewöhnlichen privaten Waren. Sie umfassen die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen (Luft, Wasser, etc.), das kulturelle Erbe (Künste, Architektur, etc.), die Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, etc.), die materielle Infrastruktur (Verkehrswegen, Energieversorgung, etc.) sowie das immaterielle System aus Regeln und Institutionen (Welthandel, Finanzstabilität, etc.).

Öffentliche Güter können von unendlich vielen Menschen in gleicher Weise genutzt werden (Prinzip der Nicht-Rivalität des Konsums). Ihre Nutzung verzehrt weder das Gut, noch mindert sie seine Qualität. Zudem kann bei öffentlichen Gütern niemand vom Gebrauch ausgeschlossen werden (Prinzip der Nicht-Ausschließbarkeit). Klassische Beispiele hierfür sind Wissen, Rechtssicherheit oder Wasserversorgung. Die Nicht-Rivalität und die Nicht-Ausschließbarkeit waren und sind aber keine natürlichen oder technischen Eigen-

Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck

schaften öffentlicher Güter, sondern Ergebnisse politischer Auseinandersetzungen. Über die Zuteilung exklusiver Eigentumsrechte können bestimmte Bevölkerungsgruppen jederzeit von der Nutzung eines Gutes ausgeschlossen werden. Was ein öffentliches Gut sein sollte, war und ist folglich immer eine normative Entscheidung.

Mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus werden öffentliche Güter jedoch zu einem Anlageobjekt privaten Kapitals. Dabei ist es heute kein Hindernis mehr, dass öffentliche Güter einzelwirtschaftlich nicht profitabel hergestellt werden können. Mithilfe exklusiver Eigentumsrechte, steuerlicher Förderung und niedriger Verkaufspreise können hinreichende private Renditen erzeugt werden. Die allgemeinen Produktions- und Reproduktionsbedingungen werden dann unter privater Regie bereitgestellt.

Der Anlagennotstand auf den globalen Finanzmärkten treibt diese Entwicklung voran. Zudem setzt die jüngste handelspolitische Offensive der EU-Kommission (TTIP, CETA, TiSA & Co.) die öffentlichen Güter unter Privatisierungsdruck. Und, last but not least, zwingt die Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) die südeuropäischen Krisenländer dazu, ihr Tafelsilber zu verkaufen.

Die Große Koalition kann und muss in die Zukunft des Landes investieren. Mehr öffentliche Investitionen können große gesellschaftliche Bedarfe decken. Finanziert werden kann dieser Kraftakt wahlweise durch höhere Schulden oder höhere Steuern. Da beides nicht populär ist, muss die SPD um die politischen Mehrheiten ringen. Wer diese gesellschaftliche Auseinandersetzung scheut,

muss auf privates Kapital zurückgreifen und nimmt das Risiko in Kauf, dass der Staat zur Beute wird. Soweit darf es nicht kommen.

Die Sozialdemokratie war nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten, um die soziale Demokratie durch die Bereitstellung öffentlicher Güter auszubauen. Handlungsleitend war die Überzeugung, dass die Mehrheit der Bevölkerung öffentliche Güter braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Der weitgehend einkommensunabhängige Zugang zu Bildung, Gesundheit oder Wasser war eine wichtige Säule des demokratischen Sozialstaates.

In der Blütezeit des Neoliberalismus wurden diese politischen Prinzipien über Bord geworfen. Öffentliche Güter wurden zu gewöhnlichen privaten Waren. Die Verteilungswirkungen waren negativ. Nutzerentgelte erschwerten den Zugang zu ehemals kostenlosen öffentlichen Dienstleistungen. Die Daseinsvorsorge schrumpfte. Die politisch verantwortete Unterfinanzierung der staatlichen Ebenen sorgt bis heute dafür, dass öffentliche Aufgaben ständig zur Disposition stehen.

Um die Eigentumsfrage – öffentlich oder privat – aber nicht von finanziellen Sachzwängen oder den Vorlieben der Bürgermeister abhängig zu machen, braucht es eine politische Selbstverständigung. Die Sozialdemokratie muss endlich politisch klären, was aus ihrer Sicht öffentliche Güter sein sollten. Finanzinvestoren, leere öffentliche Kassen sowie TTIP, CETA & Co. werden dafür sorgen, dass die kapitalistische Landnahme weitergeht. In diesen stürmischen Zeiten braucht die SPD einen politischen Kompass, wenn sie das Gemeinwohl überzeugend verteidigen will.

Politische Herausforderungen



Dierk Hirschel

ist Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft ver.di.

dierk.hirschel@verdi.de